VORWORT VON MARCELINO OREJA AGUIRRE, PRÄSIDENT DES INSTITUT FÜR EUROPÄISCHE STUDIEN DER UNIVERSITÄT SAN PABLO –CEU

Die Europäische Union befindet sich nach 50 Jahren in einer entscheidenden Phase. Im Laufe dieser Zeit ist der Prozess des europäischen Aufbaus Schritt für Schritt vorangegangen, manchmal mit Begeisterung und Entschlossenheit und manchmal mit Skepsis und Widerstand, aber immer im Zeichen der Idee des Fortschritts.

Diese funktionelle Methode hat einen unbestreitbaren Erfolg gehabt. Wir Europäer haben ein politisches Gebilde geschaffen, das viel mehr ist als eine klassische internationale Organisation, ohne ein Bundesstaat zu sein. Es ist eine postmoderne politische Form, die mit Erfolg Überstaatlichkeit und nationale Souveränität vereinbart und zu einem Gleichgewicht kommt, in dem die Union ein Gegengewicht zu Machtexzessen der Nationen ist und die Nation gleichermassen ein Gegengewicht für Machtexzesse der Union darstellt.

Trotz allem hat die Methode der Europäischen Gemeinschaft auch ihre Mängel. Europa ist durch wirtschaftliche Integration aufgebaut worden, während man immer eine offene Debatte über die Werte und Ziele der Union vermieden hat, insbesondere in bezug auf ihr politisches Modell. Ausserdem muss man dazu die komplexen Gemeinschaftsnormen und den Euro-Jargon, eine nicht zu entziffernde Sprache für die Mehrheit der Bürger, zählen. Die funktionelle Methode war unfraglich eine Entdeckung, ein Muster von aussergewöhnlichem Pragmatismus und politischem Talent, aber heute, im XXI Jahrhundert und vor dem grössten Erweiterungsprozess der Europäischen Union, ist seine Leistungsfähigkeit erschöpft.

Europa befindet sich an einem Scheideweg. Die Staats- und Regierungschefs der Union erklärten in Laeken, dass sich die Union nach 50 Jahren an einem Brechungspunkt ihrer Existenz befindet. Endlich ist Europa auf dem Weg, eine grosse Familie zu werden, ohne Blut zu vergiessen. Dies ist ein wirklicher Wandel, der eine ganz andere Einstellung erfordert als die, welche die Mitgliedsstaaten vor 50 Jahren hatten.

In diesem Moment, in dem eine nahe bevorstehende Erweiterung Reformen der Institutionen erfordert und wo eine Festigung der politischen Integration notwendig ist, damit eine grössere und vielfältigere Union nicht an Wirksamkeit verliert, ist es nötig, den praktischen Weg aufzugeben und zur Politik zurückzukehren. Man müsste über Werte und Prinzipien mit den Bürgern und deren unmittelbaren Vertretern (nationale und europäische Parlamentarier) über ein Europa diskutieren, welches alle anstreben, um am Ende dieser offenen und vertieften Debatte einen Text zu erstellen, mit dem sich die Europäer identifizieren können, d. h. eine Verfassung oder ein Verfassungsvertrag.

Das ist die wahre Herausforderung. Wenn die Konvention, die auf dem Gipfel von Laeken festgelegt wurde, zu einem guten Schluss kommt, wird die Union eine Verfassung haben. Diese wird den Verfassungen der Mitgliedsstaaten nicht ähnlich sein, denn auch wenn die konstitutionellen Aspekte betont werden (Verstärkung der